2018/11 Ausland

https://shop.jungle.world/artikel/2018/11/tod-im-sicheren-zuhause

In Guatemala verbrannten vor einem Jahr zahlreiche Mädchen in einem staatlichen Kinderheim

Tod im Sicheren Zuhause

Von **Kathrin Zeiske**

In Guatemala fanden vor einem Jahr 41 Mädchen bei einem Brand in einem staatlichen Kinderheim den Tod, 15 weitere überlebten schwerverletzt. Sie hatten versucht, sexuellem Missbrauch und Gewalt zu entfliehen.

Rosa María Tobar steht die Armut ins Gesicht geschrieben. Ihre Zähne sind verfault, ihre Kleidung ist abgenutzt. Das wenige Geld, das sie bei sich trägt, hat sie in ihrem BH versteckt. Sie ist in einem von Nonnen geleiteten Waisenhaus groß geworden. Als sie nach einem schweren Unfall vor eineinhalb Jahren ihre jüngste Tochter Rosa Espino nicht mehr versorgen konnte, glaubte sie diese in einem staatlichen Kinderheim geschützt vor Hunger und Gewalt. Denn die Jugendbanden sind in ihrem Viertel allgegenwärtig. Ihre Tochter nahm immer wieder mit einer Freundin Reißaus. »Es war der größte Fehler, den ich als Mutter begangen habe. Tot haben sie sie mir zurückgegeben«, sagt Tobar.

An den Besuchstagen, so erzählt Tobar, habe ihr ihre Tochter hinter vorgehaltener Hand berichtet, was im Hogar Seguro (Sicheren Zuhause) geschehe: dass die Mädchen vom Wachpersonal im Heim vergewaltigt würden; dass man sie nachts abhole und mit Kapuze über dem Kopf wegführe, sie bei ihrer Rückkehr verprügele und einschüchtere. Rosa Espino flehte ihre Mutter an, sie dort herauszuholen. Doch der Termin vor der Jugendrichterin verzögerte sich, während sich die Ereignisse im Heim überschlugen.

Die Jugendlichen hatten die alltäglichen Demütigungen und Misshandlungen satt. Am 7. März 2017 ließ die Heimleitung rund 100 Jungen und Mädchen zwischen zwölf und 17 Jahren laufen – um ihnen eine Aufstandsbekämpfungseinheit der Polizei hinterherzuschicken. Diese jagte sie mit Elektroschockern, Schlagstöcken und scharfen Waffen. Neun Stunden lang waren die Teenager eingekesselt, die wegen Gewalt und Missbrauch in ihrem Lebensumfeld in die Obhut des guatemaltekischen Staats gegeben worden waren. Dann wurden 56 Mädchen über Nacht auf engstem Raum eingesperrt. Sie mussten dort auch ihre Notdurft verrichten.

Am nächsten Morgen hielten sie es nicht mehr aus. Es war der 8. März, der internationale Frauentag, und sie wollten ein Zeichen setzen und ihre Gefangenschaft beenden. Sie

legten Feuer. Doch niemand öffnete ihnen die Türen, weder das Heimpersonal noch die anwesende Polizei. »Lasst sie brennen, diese Hurentöchter«, habe die Polizeiunterinspektorin Lucinda Marroquín, die den Schlüssel hatte, gesagt, berichteten Zeugen. Neun Minuten später waren 40 Mädchen tot. Die 16 Übrigen wurden über Monate hinweg wegen ihrer Verbrennungen im Krankenhaus behandelt, neun von ihnen für Spezialoperationen und Amputationen in die USA ausgeflogen. Ein Mädchen starb dort. Ein anderes gebar sieben Monate später ein Kind; sie war 14 Jahre alt.

»Sie haben Gerechtigkeit gefordert und die Todesstrafe erhalten«, sagt Tobar am Jahrestag des Brandes. »Sie wurden verbrannt, um sie zum Schweigen zu bringen. Heute sind wir es, die Mütter, die ihre Stimme nicht verstummen lassen.« Der Heimleiter Santos Torres sowie der ehemalige Wohlfahrtsminister Carlos Rodas und seine Stellvertreterin Anahí Keller sind wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung, Amtsmissbrauchs und Missbrauchs von Minderjährigen angeklagt. Kommende Woche sollen Beweise vorgelegt werden. In einem zweiten Verfahren stehen die Polizeieinsatzleitung und die Kinderbeauftragte der Staatsanwaltschaft vor Gericht. Gegen das Kinderheim war seit Jahren ermittelt, ein halbes Jahr vor dem Brand seine Schließung wegen mutmaßlichen Kinderhandels gefordert worden, dessen Kopf Torres sein soll. Doch die Behörden reagierten nicht. Dem guatemaltekischen Präsidenten Jimmy Morales, der in den Behörden enge Freunde auf Posten untergebracht hatte und vom Polizeieinsatz und dem Brand - direkt informiert worden war, entzog der Kongress nicht die Immunität.

»Von staatlicher Seite liegt eine unglaubliche Verantwortungslosigkeit vor«, sagt Carolina Escobar Sarti, die Direktorin der Kinderschutzorganisation La Alianza. »Auch wenn Guatemala internationale Kinderrechtskonventionen ratifiziert hat, ist es selbst bei zuständigen Stellen unbekannt, dass die Kinder damit zu Rechtssubjekten geworden sind.« Im Wohlfahrtsministerium gelte die Parole »Auf Kinder aufpassen kann jeder«, und so fanden sich unter dem Personal des Hogar Seguro selbst ehemalige Militärangehörige. »Kinder interessieren nicht, sie sind keine Wähler und eine Investition in die Jugend zahlt sich erst Regierungsperioden später aus. Höchstens im Wahlkampf zerrt man sie vor die Kamera«, so Escobar Sarti.

Ihr gelang es, sich nach dem Brand Zutritt zum Heim zu verschaffen, als auch endlich die Feuerwehr eingelassen wurde. Sie verfolgte den Abtransport der schwerverletzten Überlebenden. Einige von ihnen waren ihr aus ihrer Arbeit persönlich bekannt. La Alianza betreibt nicht nur eine Herberge in Guatemala-Stadt für 60 Mädchen, die dort nach Erfahrungen sexueller Gewalt und Ausbeutung Unterschlupf finden. Die Organisation hat auch entschieden bei der Entstehung einer Staatsanwaltschaft gegen Kinderhandel mitgewirkt und leistet Sensibilisierungsarbeit bei staatlichen Stellen. »Keine leichte Aufgabe«, so Escobar Sarti. »In Guatemala herrscht eine Normalisierung sexueller Gewalt. Dem liegt ein allgegenwärtiger Machismo zugrunde.« Als rechtlicher Vormund von Mädchen in ihrer Obhut hat sie Väter vor Gericht erlebt, die angaben, ihre Töchter vergewaltigt zu haben, »weil sie nun einmal ihr Eigentum seien«.

Die Kinderrechtlerin, Poetin und Universitätsdozentin sieht in der sexuellen Gewalt gegen Mädchen und junge Frauen, der Risikoschwangerschaften unter Minderjährigen folgen und der Ausschluss von Bildung und Arbeitsmarkt, sowie in der alarmierenden Anzahl an

»Verschwundenen« und Frauenmorden in Guatemala einen »Femigenozid«. Der Begriff stammt von Arbeiten der argentinischen Feministin Rita Segato, die ihn der internationalen Gerichtsbarkeit zugänglich machen will.

»Bei dem Brand vor einem Jahr handelte es sich um ein Massaker der neuen Zeiten«, sagt Escobar Sarti. Sie prangert in diesem Zusammenhang auch die Diffamierung und Reviktimisierung der Überlebenden an: »Es sind Schutzbedürftige, nicht Kriminelle.« Für Staat und Gesellschaft galten die verbrannten Mädchen aus den Armenvierteln als potentielle Bandenangehörige, die den Tod verdient hatten. Eine junge Frau, die nach dem Brand wie viele andere Jugendliche in staatlicher Obhut kurzum nach Hause geschickt wurde, erlitt in ihrer alten Umgebung neun Bauchschüsse. Im Krankenhaus sei ihr eine Operation wegen ihrer Tattoos verweigert worden. »Wir haben sie hier in unserer Herberge buchstäblich zusammenflicken lassen müssen«, sagt Escobar Sarti.

© Jungle World Verlags GmbH